



Europa retten: Für die Jugend und für den Fortschritt Beschluss vom 3. Dezember 2016 in Prag seitens des SPE-Rates

1. Europa retten

Die Europäische Union (EU) ist eine unserer **wichtigsten Errungenschaften**. Sie hat unseren Kontinent zu einem der großartigsten Beispiele für internationale Kooperation, Frieden, Stabilität und Solidarität zum Wohle der Bevölkerung Europas gemacht. Im März 2017 feiern wir den 60. Jahrestag der Römischen Verträge, die den Startschuss für diese historische Reise gaben.

Dennoch ist diese wundervolle Errungenschaft **bedroht**. Die Europäische Union als Gemeinschaft von Ländern, Menschen und Gemeinschaftspolitik wird in Frage gestellt. Die ihr zugrunde liegenden Werte werden angegriffen: **Solidarität, Kooperation, Zusammenhalt, Verschiedenheit und Gleichberechtigung**, einschließlich der **Gleichstellung der Geschlechter**. Bedroht ist die Möglichkeit, dass alle **einen erfüllende und sichere Arbeit** haben. Die Gewissheit, dass **Kinder ein besseres Leben als ihre Eltern haben werden**. Ausgehöhlt werden die Rechtsstaatlichkeit, das gemeinsame Verantwortungsgefühl, die Regeln der respektvollen Zusammenarbeit, die Wertschätzung der Verschiedenheit und die Ziele der Inklusion. Die Vision von **harmonischen Gesellschaften, multikulturellen Gesellschaften, egalitären Gesellschaften**.

Diese Veränderungen sind das Ergebnis jahrelanger neoliberaler und konservativer Politik in ganz Europa. Jahre eines fehlgeleiteten Sparkurses, zunehmender Ungleichheit und Unsicherheit haben der Verzweiflung einen fruchtbaren Boden bereitet. Konfrontiert mit einem unsicheren internationalen Kontext und einer sich verändernden Weltlage, bringen die Bürger ihre Sorgen zum Ausdruck und streben nach mehr Stabilität und Schutz.

Heute machen sich Populistinnen und Populisten diese Situation zunutze, um ihre Lügen, Hass und Spaltung zu verbreiten, wie die Ergebnisse des britischen Referendums und der US-Wahlen gezeigt haben. In vielen Ländern ist die extreme Rechte nunmehr hässliche Realität.

Als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) handeln wir Tag für Tag mit Entschlossenheit für die Umkehrung dieser gefährlichen Trends. Die kommenden Monate werden dabei entscheidend sein. **Für uns bedeutet die EU Wohlstand, Solidarität und Rechte. Sie bedeutet Gleichberechtigung und Hoffnung**. Sie bedeutet die Arbeit für ein besseres Leben für alle Bürgerinnen und Bürger und alle Generationen, jetzt und in der Zukunft.

Auf dem Spiel steht nicht nur die EU, sondern alle Grundsätze, die den Aufbau nachhaltiger, wohlhabender und gerechter Gesellschaften ermöglichen, in denen es allen gut geht.

2. Für die Jugend

Unser politischer Kampf wird von der Überzeugung getrieben, dass das Leben von morgen besser und strahlender sein muss als das Leben von heute. Aufgrund des misslungenen Sparkurses, der in vielen Teilen des Kontinents zu einem Anstieg der Armut, der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit geführt hat, laufen Kinder erstmals Gefahr, dass es ihnen schlechter geht als der Generation ihrer Eltern. Die SPE sieht Jugendliche als die Grundlage unserer Gesellschaften, für unsere Demokratien und für den wirtschaftlichen Aufschwung Europas. Wir, Familie der Progressiven, stehen in diesem Kampf an vorderster Front. Wir haben eine Initiative ins Leben gerufen, die konkrete Maßnahmen enthält, um Jugendlichen dabei zu helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden und sich in den Arbeitsmarkt einzugliedern, und die auf Beschäftigungs-, Bildungs-, Kultur- und Kinderpolitik gründet: **Einen europäischen Jugendplan**. Beim europaweiten Aktionstag für den Jugendplan am 16. November 2016 gingen hunderte SPE-Aktivistinnen und -Aktivisten, SPE-Ministerinnen und -Minister und SPE-Mitglieder europäischer, nationaler und regionaler Parlamente zusammen mit den Jungen Europäischen Sozialisten im Rahmen von 112 Veranstaltungen in 83 Städten und 30 Ländern in ganz Europa auf die Straßen, um ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen: **Act for Youth!**

- Unsere Vorzeigepolitik, die **Jugendgarantie**, ist ein voller Erfolg. Seit ihrer Einführung vor drei Jahren **bekamen neun Millionen Jugendliche ein Angebot** für einen Arbeitsplatz, eine Lehrstelle, ein Praktikum oder einen Fortbildungsplatz. Dennoch bleibt noch mehr zu tun. Die europäische Krise der Jugendarbeitslosigkeit ist noch lange nicht überwunden. In Anbetracht der sehr vielversprechenden Einführung der Jugendgarantie sind wir davon überzeugt, dass sie fortgesetzt werden und weitere Unterstützung erhalten sollte. **Sie sollte zu einem festen Bestandteil der EU-Beschäftigungspolitik** und zu einer zentralen Komponente des europäischen Sozialmodells werden.
- Wir **fordern**, dass bis zum Jahr 2020 **20 Milliarden EUR** für die Jugendgarantie zur Verfügung gestellt werden. Die Erhöhung der jährlichen Förderung der Jugendgarantie auf fünf Milliarden EUR würde in den wenigen Ländern, in denen bislang nur begrenzte Reformen der Jugendbeschäftigungspolitik erfolgten, eine verbesserte und schnellere Umsetzung ermöglichen. Sie würde uns zudem erlauben, den Kreis ihrer Begünstigten auf Jugendliche bis zum Alter von 30 Jahren auszudehnen, um bestimmte Zielgruppen besser zu erreichen und die Qualität und Nachhaltigkeit der Angebote zu verbessern. Wir sind und bleiben die politische Familie, die sicherstellt, dass Europa in seine Jugend investiert.
- Die Chancen beginnen aber ebenso wie die Ungleichheiten des Lebens nicht erst mit dem Erwachsensein. Sie beginnen bereits in den sehr frühen Lebensphasen. Die EU ist die reichste Region der Welt und es ist untragbar, dass dennoch jedes vierte europäische Kind Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt ist. Europäische Kinder müssen die Chance auf den Erwerb der Kenntnisse und Fähigkeiten haben, die es ihnen ermöglichen, diesen Kreislauf der Benachteiligung zu durchbrechen.
- Zur Gewährleistung der Chancengleichheit kämpft die SPE – angeführt von der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament - für eine **europäische Kindergarantie**, um die Mitgliedstaaten, Regionen und Städte der EU bei einer Politik zu unterstützen, die jedem Kind den Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung, Bildung, Kinderbetreuung, ordentlichen Wohnverhältnissen und angemessener Ernährung ermöglicht.

- Im Ausland studieren, ein Praktikum absolvieren oder arbeiten erweitert den Geist und den persönlichen Horizont und stärkt die europäische Identität – dringend erforderliche Güter im Kampf gegen das derzeitige Wiederaufflammen des Nationalismus und der Ausländerfeindlichkeit. 30 Jahre lang war das Studentenaustauschprogramm Erasmus ein großer Erfolg, da es Jugendlichen ermöglicht hat, innerhalb Europas zu reisen, im Ausland zu studieren und zu lernen, die europäischen Völker besser kennenzulernen und europäische Werte zu teilen. Um diesen Erfolg fortzusetzen, muss die Halbzeitüberprüfung des EU-Haushalts Erasmus+, dem gegenwärtigen EU-Programm für Bildung, Praktika, Jugend und Sport, ermöglichen, noch mehr Jugendliche, sowie mehr Schüler und Berufstätige sämtlicher Bildungsgrade und sämtlicher Gesellschaftsschichten zu erreichen, obgleich es einige Probleme und knappe Mittel für deren Unterstützung gibt.
- Kultur ist kein Luxus. Kultur ist der Funke, der unsere Gesellschaften bereichert und die staatsbürgerliche Gesinnung und Selbstentfaltung stärken kann. Kultur ist eine Antriebskraft für echten Fortschritt und Veränderung. Aus diesem Grund treibt die SPE die Einführung **europäischer Kulturschecks** voran, damit Jugendliche am Kulturleben teilnehmen können. Die Initiative der italienischen Regierung, mit der der Zugang zur Kultur für über 550 000 Jugendliche unterstützt wird, sollte auf europäischer Ebene als Vorbild dienen.

3. Für den Fortschritt

Es ist an der Zeit, zu handeln und ein fortschrittliches und soziales Europa herbeizuführen. Mehr denn je muss die EU mit ehrgeizigen im EU-Recht identifizierten und verankerten Sozialstandards, existierende soziale und Arbeitnehmerrechte stärken und garantieren. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, anständige Arbeitsplätze, eine Arbeitszeitregelung, Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz, Mutterschafts-, Vaterschafts-, Eltern- und Pflegeurlaub haben absolute Priorität.

Wir unterstützen den **Europäischen Sozialgipfel, der im Herbst 2017 von der schwedischen Regierung in Stockholm ausgerichtet wird.** Die SPE unterstützt uneingeschränkt die Umsetzung der seitens der Vereinten Nationen in die Wege geleiteten **Nachhaltigen Entwicklungsziele** (SDGs) auf internationaler aber auch auf europäischer Ebene, die wir als ‚Sozialdemokratische Ziele‘ betrachten: Die Förderung von gerechtem Wirtschaftswachstums, sozialer Entwicklung und Umweltschutz, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu beschränken, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Es ist notwendig, diese von uns als grundlegend betrachteten Ziele mit angemessenen Finanzmitteln zu unterstützen, die im Einklang mit den sich verändernden Herausforderungen für die Mitgliedstaaten stehen, einschließlich mittels einer Reform des EU-Haushalts und des Einsatzes neuer gemeinsamer Finanzierungsinstrumente.

Sozialer Fortschritt

- Wir möchten den sozialen Fortschritt in die DNS der EU einbauen. Sozialer Fortschritt muss im Mittelpunkt der EU-Politik stehen, um das Alltagsleben der Menschen zu verbessern. Die **Säule der Sozialen Rechte** kann den Rahmen für ein **Soziales Fortschrittsprotokoll** liefern, das klarstellt, dass weder wirtschaftliche Grundfreiheiten noch Wettbewerbsregeln Vorrang vor sozialen Grundrechten haben. In Konfliktsituationen müssen die sozialen Grundrechte Vorrang haben. Wir werden ein neues Gleichgewicht schaffen, welches nachhaltigen sozialen Fortschritt an die Spitze der EU-Agenda stellt.
- Für uns ist die Arbeitsplatzqualität ebenso wichtig wie die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen. Wir werden unseren Kampf gegen unsichere Arbeitsplätze, Armut trotz Arbeit, Null-Stunden-Verträge und sonstige Formen von Ausbeutung fortsetzen. Um allen einen

angemessenen Lebensstandard bieten zu können, werden wir **europaweit angemessene Mindestlöhne** einführen, die entweder auf gesetzlichem Wege oder durch Tarifverhandlungen erzielt werden. Wir halten uns dafür bereit, diese Politik gemeinsam mit den **Sozialpartnern** zu entwickeln und umzusetzen, und werden auch weiterhin einen starken und lebhaften Sozialdialog fördern.

- Um den Herausforderungen sich schnell verändernder Wirtschaften und den erhöhten Risiken des Sozialdumpings entgegenzutreten, möchten wir **angemessenen soziale Sicherung auf alle Formen der Beschäftigung ausdehnen**, einschließlich der Arbeitsplätze im Pflegebereich und in der digitalen Wirtschaft. Die digitale Wirtschaft gestaltet unsere Gesellschaften um und verändert die sozialen und wirtschaftlichen Interaktionen auf grundlegende Weise. Damit diese Entwicklung unserer gesamten Gesellschaft zugutekommt, reicht ein „laissez-faire“-Ansatz nicht aus. Wir werden unsere Vorschläge vorbringen, um sicherzustellen, dass diese Umgestaltung auf gerechte Weise von statten geht. Wir werden die Schaffung neuer Formen der Ausgrenzung und Ausbeutung verhindern, einschließlich in der digitalen Plattformwirtschaft.
- Wir geben nicht nach in unserem Kampf gegen Sozialdumping, Billigflaggen, Briefkastenfirmen und Scheinselbstständigkeit. Wir wollen feste Vorgaben und klare Regeln für die Gründung von Unternehmen und stärkere Kontrollmaßnahmen für die Mitgliedstaaten. Keinem Unternehmen kann es gewährt werden, seiner steuerlichen und sozialen Verantwortung zu entgehen, ebenso wie keiner Arbeitnehmerin und keinem Arbeitnehmer seine sozialen Rechte und seine Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte verweigert werden können. Wir kämpfen für gleichen Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort und für gleiche Arbeitsrechte und Arbeitsbedingungen. Bei der Überarbeitung der Arbeitnehmerentsenderichtlinie sollten rasche Fortschritte erzielt werden.
- Im Falle von Entlassungen möchten wir einen europäischen Rahmen zur Bewältigung von Umstrukturierungen auf soziale und verantwortungsvolle Art mit ordnungsgemäßer Information und Konsultation. Zur Verhinderung von Armut und sozialer Ausgrenzung fordern wir die Errichtung eines sozialen Basisschutzes in Europa, der **allgemeinen Zugang zu hochwertigen Gesundheitsdienstleistungen** garantiert, **einschließlich sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte und der Sicherheit des Grundeinkommens**.
- Die Arbeitszeiteilung ist eines unserer Mittel, um Arbeitsplätze zu schaffen und den Europäerinnen und Europäern zu ermöglichen, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben zu erzielen.
- Wir **bekämpfen Ungleichheit**. Für uns ist **Nichtdiskriminierung** ein Grundprinzip, um allen EU- Bürgerinnen und Bürgern gleichberechtigten Zugang zur sozialen Sicherheit und zum Sozialwesen zu garantieren. Wir dulden keine Diskriminierung auf Grundlage von Rasse, Behinderung, Religion, Herkunft, Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung oder jedwede sonstige Form von Diskriminierung.
- Frauenrechte sind grundlegende Menschenrechte. Wir werden weiterhin eine wirksame **Gleichstellung der Geschlechter** vorantreiben, indem wir das geschlechtsbedingte Lohn- und Rentengefälle mit eindeutigen und verpflichtenden Zielvorgaben schließen. Wir treten für Sanktionen gegen den Privatsektor ein, wenn er den gesetzlichen Erfordernissen in Bezug auf die Lohngleichheit weiterhin nicht nachkommt. Wir werden die Debatte über die EU-Verordnung zum bezahlten Mutterschafts- und Elternurlaub erneut eröffnen. Wir stehen Seite an Seite mit allen Frauen, deren Rechte in Europa angegriffen werden.

- Wir werden darum kämpfen, Klischees in Angriff zu nehmen, Hassreden und Hassverbrechen zu verhindern, und insbesondere eine wirksame Nichtdiskriminierung lesbischer, schwuler, bi-, trans- und intersexueller (LGBTI) Personen in ganz Europa zu gewährleisten. Wir wollen ein Europa, in dem die Rechte aller EU- Bürgerinnen und -Bürger, und EU-Bewohnerinnen und -Bewohner und deren Familien gesetzlich garantiert und in allen Mitgliedstaaten anerkannt werden. Es ist unumgänglich, die Gleichbehandlungsrichtlinie aus dem Jahr 2008 (Richtlinie zum Diskriminierungsverbot außerhalb des Arbeitsplatzes) schnellstmöglich azu verabschieden, um alle europäischen Bürgerinnen und Bürger in sämtlichen Bereichen ihres Lebens vollständig zu schützen.

Wirtschaftlicher Fortschritt

- Die europäische Wirtschaft erholt sich wieder, doch nicht so schnell, wie wir möchten. Es muss mehr dafür getan werden, um **nachhaltiges Wirtschaftswachstum, finanzielle Stabilität und soziales Wohlergehen** zu gewährleisten. Unsere politische Familie kämpft **gegen die reine Sparpolitik** und drängt auf mehr **Wachstum und Investitionen** in Europa. Obgleich dies letztendlich zur Errichtung des von uns geforderten Europäischen Fonds für strategische Investitionen geführt hat, können wir nicht der Ansicht sein, dass die Arbeit damit getan sei und müssen sicherstellen, dass dies nicht auf Kosten der dringend benötigten Struktur- und Kohäsionsfonds erfolgt.
- Es ist nun an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen und eine **verstärkte langfristige und europäische Investitionsstrategie** einzurichten. Dies erfordert öffentliche und private Investitionen, den Behörden die Möglichkeit zu geben, zu investieren und hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, die durch die Erschließung neuer Märkte und die Entwicklung neuer Technologien das Leben der Menschen verbessern und positive Veränderungen für die Wirtschaft und die Gesellschaft bewirken können, umweltzentrierte Nachhaltigkeit, sowie die Gewährleistung eines echten Übergangs zu einer nachhaltigen Wirtschaft und zu einer besseren Gesellschaft. Bei der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union sollte es nicht nur um steuerliche Überwachung und Sanktionen gehen, sondern auch um die Stärkung der Möglichkeiten eines schnellen wirtschaftlichen Aufschwungs durch die Anwendung von mehr Flexibilitätsspielräumen im Stabilitäts- und Wachstumspakt.
- Die Europäische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) müssen Instrumente der **Solidarität, Kohäsion und Gleichberechtigung** sein. Für eine Währungsunion bedarf es einer Steuerunion. Wir brauchen eine stärkere Angleichung der Steuerpolitiken und Steuerinstrumente, wie beispielsweise ein Eurozonen-Haushalt, um symmetrische und asymmetrische Schocks zu verkraften und ein ausgewogenes Wachstum, strukturelle Annäherung, ein hohes Beschäftigungsniveau und sozialen Fortschritt voranzutreiben. Wir müssen die WWU mit einem demokratischeren und verantwortlicheren Entscheidungsfindungsprozess stärken, über eine demokratisch legitimierte Leitungsstruktur mit parlamentarischer Kontrolle. Eine wachsende wirtschaftliche und soziale Annäherung zwischen den Regionen und Staaten kann Ungleichheiten verringern und nachhaltiges Wachstum und sozialen Fortschritt in ganz Europa vorantreiben.
- Die wirtschaftliche Stärkung der Frauen ist eine wesentliche Priorität. Neue Strategien, die die zahlreichen geschlechtsspezifischen Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt verringern, müssen eingeführt werden, um die Beschäftigung der Frauen durch alle Branchen und alle Ebenen hindurch in Bezug auf gleichen Lohn und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für Frauen und Männer voranzutreiben. Wir wollen wirksame Maßnahmen zur Erreichung des EU2020-Ziels einer Beschäftigungsrate von 75% für Frauen und Männer. Wir wollen **fortschrittliche und nachhaltige Strukturreformen** wie die Jugendgarantie vorantreiben, die zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Ungleichheiten bestimmt sind,

unser europäisches Sozialmodell stärken und einen reibungslosen und nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung sicherstellen.

- **Steuerumverteilungssysteme** sind der Grundpfeiler für die Entwicklung gerechter Gesellschaften. Die Globalisierung und die Digitalisierung ändern nichts an diesem Grundsatz. Wir engagieren uns weiterhin dafür, **der Steuerhinterziehung**, der Steuerumgehung und der aggressiven Steuerplanung ein **Ende** zu setzen und Steueroasen zu schließen. Diese skrupellosen Praktiken, einschließlich der Geldwäsche, hemmen nicht nur das Wirtschaftswachstum sondern gefährden auch unsere Sozialsysteme in erheblichem Maße. Wir zielen darauf ab, das Steuersystem gerechter und transparent zu gestalten, zu gewährleisten, dass Gewinne dort versteuert werden, wo die Geschäftstätigkeit stattfindet, dem steuerlichen Wettlauf nach unten ein Ende zu setzen und dafür zu sorgen, dass die Finanzbranche der Realwirtschaft dient. Die rasche und ehrgeizige Umsetzung des Europäischen Einlagensicherungssystems, der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuer und der **Finanztransaktionssteuer** wird zum Erreichen dieser Zielsetzung beitragen.
- Internationale Handelsabkommen müssen zur Verbesserung unserer europäischen Normen und Standards in Bezug auf die Rechte und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ökologische Nachhaltigkeit und die Gesundheits- und Sicherheitsnormen beitragen und sollten die Lage der Entwicklungsländer stärken. Organisationen der Zivilgesellschaft sollten bei internationalen Handelsabkommen gleichberechtigten Zugang zur Schiedsgerichtsbarkeit haben.

Ökologischer Fortschritt

- Sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt ist ohne den **Schutz unserer Umwelt** undenkbar. Die heutige Verbrennung fossiler Brennstoffe, der Atommüll und der Überkonsum natürlicher Ressourcen burden den künftigen Generationen ökologische, soziale und wirtschaftliche Lasten auf. Aus diesem Grund muss sich die Wirtschaft der Europäischen Union auf ein CO₂-neutrales Modell zubewegen, das in erster Linie auf verbesserten Energieeffizienzstandards, verringertem Verbrauch und umfassenderem Einsatz erneuerbarer Energien beruhen muss. Wir müssen die Klima- und Energieziele der EU für 2030 überarbeiten.
- In Übereinstimmung mit der SPE-Erklärung „21 progressive Vorschläge für COP21“ wiederholen wir unsere Forderung nach der Einführung eines europäischen CO₂-Besteuerungssystems und einem wirksamen Abbau der Nutzung fossiler Brennstoffe und aller umweltschädlichen Subventionen bis zum Jahr 2020.
- Die Verknappung natürlicher Ressourcen und die Schwankung ihrer Preise auf den internationalen Märkten erfordern einen Schritt in Richtung einer **ressourcenschonenderen Wirtschaft** zur Unterstützung einer neuen europäischen Industriestrategie. Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft und die Wiederverwendung von Materialien wird ebenfalls positive Auswirkungen auf die Senkung des Energieverbrauchs der Industrie haben und neue, nachhaltige und qualifizierte Arbeitsplätze in den Branchen schaffen, die ausrangierte Produkte und Ressourcen wiederverwenden, recyceln oder aufwerten.
- Bei diesem Wandel muss es sich um einen **sozialverträglichen Übergang** handeln, der Arbeitern in CO₂- und ressourcen-intensiven Berufen in der dekarbonisierten Kreislaufwirtschaft der Zukunft **neue Chancen** bietet. Der soziale Dialog sollte ein Schlüsselement dieses Prozesses darstellen und kann durch die weitere Stärkung der regionalen Kapazitäten begünstigt werden. Ein ‚Gerechter Übergangsfonds‘ sollte

eingerichtet werden und durch Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandelssystem unterstützt werden.

Sicherheit

- Wir streben danach, Europa zu einem Kontinent zu machen, auf dem **die Sicherheit aller gewährleistet ist** und alle **Grundrechte und Grundfreiheiten uneingeschränkt geachtet werden**. Diese beiden Prioritäten müssen Hand in Hand gehen.
- In den vergangenen Monaten wurden auf europäischer Ebene wichtige gesetzgeberische Schritte ergriffen und konkrete Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung getroffen. Im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus bekräftigen wir erneut, dass die Mitgliedstaaten und die Strafverfolgungsbehörden **ihre Zusammenarbeit** auch weiterhin **vertiefen** sollten, indem sie **die Menge und die Qualität der geteilten Informationen verbessern** und die Interoperabilität aller einschlägigen Datenbanken in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit garantieren. Zusätzliche Anstrengungen sind erforderlich, um **den illegalen Handel mit Schusswaffen und Sprengstoffen zu bekämpfen, dem Problem ausländischer Kämpferinnen und Kämpfer entgegenzutreten** und **die** zur Finanzierung von Terrorgruppen eingesetzten **Geldquellen zum Erliegen zu bringen**.
- Das Thema Terrorismus kann nicht allein mit Sicherheitsmaßnahmen angegangen werden. Wir sind der Ansicht, dass es **für die EU** eine absolute **Priorität** ist, **an der Verhinderung einer Radikalisierung** in unseren Gesellschaften **zu arbeiten**, neben wirksamen Programmen, um Menschen von radikalen Gruppen zu lösen. Als Progressive werden wir auch weiterhin auf die Weiterentwicklung umfassender **Strategien zur Förderung der sozialen Eingliederung und Integration** drängen und gleichzeitig Familien, Schulen und Sozialarbeiterinnen und -arbeiter in Bezug auf die Erkennung und Verhinderung der Radikalisierung Jugendlicher stärken.

Migration und Integration

- Seit September 2015 sind über 1,3 Millionen Flüchtlinge und sonstige Migranten in die Europäische Union gekommen. Unser oberstes und wichtigstes Anliegen ist dabei, dass **keine Menschen mehr auf der gefährlichen Reise in Richtung Europa auf dem Seeweg ihr Leben verlieren. Zur Verhinderung dieser Todesfälle muss noch viel mehr getan werden**. Europa muss seiner humanitären und rechtlichen Verpflichtung nachkommen, um Leben zu retten und all jenen zu helfen, die internationalen Schutz benötigen, einschließlich schutzbedürftiger Gruppen wie unbegleitete Minderjährige, Frauen und LGBTI-Personen.
- Wir möchten die eigentlichen Ursachen der Migration bekämpfen, indem wir Frieden als Voraussetzung für Sicherheit, Wohlstand, Stabilität, fairen Handel, wirkliche Chancen und dauerhafte Perspektiven für die Verbesserung der heimischen Lebensbedingungen dieser Menschen fördern. Unsere Politik sollte kein Mittel zur Verhinderung des kontinuierlichen und natürlichen Phänomens der Migration werden. Wir möchten uns Drittländern annähern und mit diesen enger zusammenarbeiten, um die Steuerung der Migration zu einem gegenseitig nutzbringenden Projekt zu machen. Im Bemühen zur **Demontage der Schlepper- und Schleusergeschäfte und zur Verbesserung der europäischen Grenzverwaltung** wurden bereits wichtige Maßnahmen ergriffen. Doch um deren Geschäftsmodell komplett erfolgreich zu zerschlagen müssen wir **mehr sichere und legale Wege** schaffen, damit Flüchtlinge und sonstige Migranten in Europa eine Zukunft haben können. Es bleibt noch viel zu tun, um sowohl unter den Mitgliedstaaten wie auch auf globaler Ebene Solidarität und **gemeinsame Verantwortung unter** uneingeschränkter Achtung des internationalen Rechts und der Menschenrechte voranzutreiben. Die Reform des Asylpakets sollte die höchsten Standards anstreben.

- Wir müssen sicherstellen, dass die nationalen Behörden Gewalt in Aufnahmelagern, Aufnahmeeinrichtungen und anderenorts angemessen verhindern, einschließlich dann, wenn sich diese Gewalt gegen LGBTI-Personen und Frauen richtet.
- Unsere Antwort auf den Anstieg von Extremismus und Hass ist deutlich. Wir wollen eine starke **Integrationspolitik, die das Zusammenleben und die Achtung unserer Diversität fördert**. Migration spielt in unseren Gesellschaften eine Schlüsselrolle und ist eine Quelle der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Wir möchten der vorherrschend negativen Konnotation von Migration entgegenwirken.
- Wir unterstützen die Partnerschaften mit Schlüsseländern in Afrika und den Treuhandfonds für Afrika. Durch die Investition in nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Bildung, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte möchten wir das Leben der Menschen in diesen Ländern und der Region verbessern.

Globaler Fortschritt

- In diesen Zeiten voller Herausforderungen sind wir davon überzeugt, dass nur eine starke EU mit einer gemeinsamen Vision und gemeinsamem Handeln in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ihrer Funktion für eine gerechte, friedvolle, von Wohlstand gekennzeichnete und regelbasierte Welt in vollem Umfang gerecht werden kann. Das Lösen von Konflikten und die Wiederherstellung des Friedens in unserer Nachbarschaft und darüber hinaus bleiben Schlüsselprioritäten unserer Außenpolitik.
- Die SPE verfolgt die jüngsten Entwicklungen in der Türkei und appelliert an die türkische Regierung, zu einem glaubhaften politischen Prozess und politischen Dialog zurückzukehren, die für die Demokratie des Landes und die Stabilität in der Region von wesentlicher Bedeutung sind. Wir sind sehr besorgt über die Verhaftung der Vorsitzenden der HDP sowie über die Inhaftierung mehrerer HDP-Mitglieder, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten in der Türkei. Die SPE wünscht sich eine Türkei, die in die EU verankert bleibt. Sofern die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte nicht wiederhergestellt werden, fordern wir die Kommission und den Rat zur Einleitung eines vorübergehenden Stillstands der laufenden Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union auf.
- Wir glauben, dass der Multilateralismus ein Schlüsselgrundsatz ist, dessen Kern die Vereinten Nationen bilden, und wir werden die Bemühungen des neuen UN-Generalsekretärs Antonio Guterres unterstützen. Zur Mitwirkung an der Schaffung einer sichereren und stabileren Welt, werden wir auch künftig **Frieden, Demokratie, regionale Zusammenarbeit, Menschenrechte, Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter, Rechtsstaatlichkeit und die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele und des Pariser Abkommens über den Klimawandel** in Europa und weltweit fördern.
- Wir brauchen eine gründliche Überarbeitung der GSV, die auf starken Grundsätzen, wirksamer Finanzierung und Koordinierung mit der NATO gründen sollte. Die EU muss größere Verantwortung für ihre Sicherheit und Verteidigung übernehmen. Man müsste beurteilen, wie unsere Verteidigungskapazitäten wirksamer und leistungsfähiger eingesetzt werden können. Europa muss besser ausgerüstet, geschult und organisiert werden, um einen Beitrag zu den gemeinsamen Bestrebungen zu leisten. Um dem Terrorismus entgegenzuwirken, benötigen die EU und ihre Mitgliedstaaten einen stärkeren Informationsaustausch und eine stärkere Zusammenarbeit der Nachrichtendienste.
- Wir bemühen uns um die aktive Förderung des **Handels als unverzichtbares Instrument** für integratives Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Wettbewerbsfähigkeit

und um die Förderung grundlegender Werte und EU-Normen, die die Menschenrechte und die nachhaltige Entwicklung sowie den Sozial- und Verbraucherschutz uneingeschränkt verteidigen. Zur Förderung eines **offenen und fairen Handels** ist es von entscheidender Bedeutung, die Modernisierung der EU-Handelsschutzinstrumente freizugeben und auf die Sorgen der Öffentlichkeit einzugehen.

- Eine verantwortungsvolle und vereinte EU, die wie in der von der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik vorgeschlagenen **Globalen Strategie** beschrieben, von klaren Grundsätzen und Werten gesteuert wird, ist der richtige Weg, um unseren gemeinsamen europäischen Werten und unserem gemeinsamen europäischen Interesse unter Einsatz gemeinsamer Methoden für eine bessere Welt zu dienen.

4. Für die Zukunft

Als sozialdemokratische Partei Europas wissen wir, dass wir uns in einer gefährlichen und unstabilen Zeit befinden. Doch dies verstärkt nur noch unsere Entschlossenheit. Dank unserer starken Präsenz in den nationalen Regierungen und Parlamenten und als zweitstärkste Fraktion im Europäischen Parlament, ist es uns gelungen, wesentliche Veränderungen in Gang zu setzen. Im Vergleich zur neoliberalen und konservativen Mehrheit, stehen wir für mehr gerechtes Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Europa.

Doch dies ist nicht genug. Wir wollen mehr. Heutzutage profitieren noch zu wenige Bürgerinnen und Bürger vom gemeinsamen Wohlstand und zu viele sorgen sich über ihre Zukunft. Viele Jugendliche fühlen sich nicht länger vertreten. In vielen Ländern sinkt die Wahlbeteiligung, da die Bürgerinnen und Bürger immer weniger Vertrauen in die Politik und in demokratische Institutionen haben.

Zur Bekämpfung dieser Trends entwickeln wir uns kontinuierlich weiter und passen uns an die Veränderungen und neuen Realitäten in unseren Gesellschaften an. Neue Technologien, neue Realitäten in unseren Städten und Ländern haben nicht nur die Art und Weise verändert, in welcher die Menschen miteinander kommunizieren, sondern auch ihre Art, Politik zu machen. Wir werden uns auch weiterhin anpassen, um näher an den Bedürfnissen und Erwartungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu sein.

Nun ist es an der Zeit, Hoffnung wiederaufleben zu lassen. Es ist an der Zeit, die Verzweiflung zu besiegen und dem Anstieg der Populistinnen und Populisten, Extremistinnen und Extremisten und Rassistinnen und Rassisten ein Ende zu setzen. Die vor uns liegenden Monate werden mit vielen Herausforderungen und ab 2017 mit wichtigen Wahlen in mehreren Mitgliedstaaten gespickt sein. Wir engagieren uns im Kampf um die Ausarbeitung fortschrittlicher Strategien und Lösungen. Wir setzen auf die Stärkung unserer Rolle in Europa mit einer größeren Regierungsbeteiligung der SPE als große politische Familie, die vielen Gleichberechtigung, Freiheit und Wohlstand gebracht hat.

Wir werden uns auch weiterhin für den europäischen Jugendplan im Jahr 2017 einsetzen, um sicherzustellen, dass er für die europäische Jugend Wirklichkeit wird. Heute schaffen wir das Fundament, auf dem wir die Europawahlen 2019 gewinnen möchten, mit einem gemeinsamen Programm, einem gemeinsamen Wahlkampf und einer gemeinsamen Kandidatin oder einem gemeinsamen Kandidaten.

Wir bleiben kompromisslos in unserem Festhalten an Ehrlichkeit, Transparenz und sozialer Verantwortung. Wir bleiben kompromisslos in unseren Grundsätzen und unserer Verpflichtung zur Schaffung fortschrittlicher Gesellschaften mit gemeinsamem Wohlstand und Gleichberechtigung für alle – Gesellschaften, die künftigen Generationen ein besseres Leben und den Bürgerinnen und Bürgern echte Lösungen bieten.

Auf diesen Grundlagen kämpfen wir um die Veränderung unserer Gesellschaft und um den Wandel Europas zum Besseren.